



**Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende
des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Welttag für menschenwürdige Arbeit

7. Oktober 2013 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass sie/ihr der Einladung zum sechsten Welttag für menschenwürdige Arbeit gefolgt seid. Lieber Roland Schmidt, ich möchte mich zuerst einmal bei der Friedrich-Ebert-Stiftung bedanken, die uns heute beherbergt und mit uns gemeinsam diesen Tag ausrichtet. Mein Dank gilt auch den Akteuren des heutigen Tages, die zum Teil weite Wege zurück gelegt haben, um mit uns hier und heute mit uns über einen wichtigen Aspekt menschenwürdiger Arbeit zu debattieren, der gerechten Entlohnung.

Sicherlich mag der eine oder andere sich gedacht haben, dass Lohn und Geld nicht gerade das herausstechende Thema für menschenwürdige Arbeit ist. Das mag stimmen, angesichts der vielen anderen Verletzungen von Arbeitnehmer- und Menschenrechten. Und natürlich schweigen wir nicht dazu, wenn zum Beispiel in Katar Wanderarbeiter, die die Stadien und Hotels für eine exklusive Fußball-Weltmeisterschaft bauen, wie Sklaven behandelt werden und in der Hitze umkommen. Im Gegenteil, rufen wir den DFB auf, sich für ein anderes Land zu Austragung einzusetzen, in dem Arbeitnehmerrechte respektiert werden.

Und natürlich halten wir nicht still, wenn Arbeiterinnen in den Textilfabriken in Bangladesch Angst um ihre Gesundheit und Leben haben müssen, weil nichts für ihre Arbeitssicherheit getan wird.

Aber Lohn ist mehr als Geld. Lohn hat auch etwas mit Würde zu tun. Lohn hat auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Und gerade bei der Lohnfrage lassen sich viele andere fundamentale Arbeitsrechte ablesen.

Wenn unter dem Diktat einer Austeritätspolitik in den Krisenländer der Euro-Zone Mindestlöhne und andere soziale Rechte gedrückt werden und damit Tarifverträge ihre Gültigkeit verlieren, ist dies ein eklatanter Angriff auf das Recht in freien Verhandlungen, Löhne fest zu setzen und damit eine massive Attacke auf Gewerkschaften.

So kam bereits 1944 die ILO in ihrer Philadelphia-Erklärung zu der Erkenntnis, dass Armut den Wohlstand aller gefährdet, folglich sind Löhne ein Schlüssel zu einer wirkungsvollen Bekämpfung von Armut. Diese Erkenntnis fehlt zurzeit bei der Krisenbekämpfung, dabei gibt es gute Beispiele, wie mit kluger Lohnpolitik die Armut bekämpft wurde, wenn man es politisch nur will.

Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass jeder vom Lohn seiner Arbeit leben kann. Aber leider gilt noch immer viel zu oft, dass Arbeit billig wie Dreck sein soll. Wenn dies dann noch dazu führt, dass Dumpinglöhne zum Verlust von anständiger Arbeit führen, dann ist dies ein kranker Wettbewerb, der dringend reguliert werden muss.

Wenn Arbeit billig wie Dreck ist, dann werden die Menschen, die unter solchen Bedingungen arbeiten ebenso behandelt. Daher ist der Kampf für gerechte Löhne, mehr als nur der Kampf um Geld. Es ist ein Kampf um Würde und auch ein Kampf für den Fortschritt von Gesellschaften. In Bangladesch haben dies die Textilarbeiterinnen erkannt. 200.000 haben in der vergangenen Woche die Arbeit nieder gelegt und haben für bessere Löhne demonstriert, Sie wollen raus aus dem Dreck.



Aber ich sage auch sehr deutlich, auch Deutschland hat einen gesetzlichen Mindestlohn dringend nötig. Auch in diesem, im Vergleich, so reichen Land gefährdet die Lohnarmut den Wohlstand der gesamten Gesellschaft. Wir werden nachher noch hören, wie auch hier Arbeit und die Menschen, die sie verrichten wie Dreck behandelt werden.

Um auch hier mit einem internationalen Standard einen Sockel zu legen, erwarten wir von der kommenden Bundesregierung endlich die Ratifizierung des ILO Übereinkommens 131 zur Festsetzung von Mindestlöhnen.

Lassen Sie mich hier ein wenig konkreter werden ohne der Rede des stellvertretenden Generaldirektors der ILO, Herrn Gilbert Hounqbo, vorzugreifen, für dessen Teilnahme an dieser Konferenz ich mich hier noch einmal ganz besonders bedanken möchte.

Der DGB hat in diesem Sommer ebenfalls wie die Bundesregierung auf Anfrage der ILO für einen Bericht, der im kommenden Juni auf der Jahreskonferenz thematisiert wird Stellung genommen.

Diese Berichte widersprechen sich.

So vertritt die Bundesregierung die Auffassung, sie könne das Übereinkommen 131 derzeit nicht ratifizieren, weil es Deutschland dazu verpflichten würde, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Dies sei nicht mit innerdeutschem Recht vereinbar und wurde von der noch amtierenden Bundesregierung abgelehnt. Sie setzte stattdessen auf branchenspezifische Lösungen wie nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz sowie auf das Mindestarbeitsbedingengesetz. Letzteres wurde übrigens noch nie umgesetzt.

Nach Auffassung des DGB ist das derzeitige deutsche System zur Festsetzung branchenspezifischer Mindestlöhne allerdings nicht ausreichend um flächendeckend existenzsichernde Löhne zu gewährleisten. Deswegen auch diese Konferenz heute.

In Deutschland ist ein deutlicher Rückgang der Tarifbindung bei Betrieben und Beschäftigten zu verzeichnen, was sich auf Grund des 50-Prozent-Quorums auch negativ auf die Möglichkeit Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären auswirkt. Die Folge ist ein stetig anwachsender Niedriglohnsektor. Teil dieses Niedriglohnsektors sind derzeit auch 350.000 Menschen, die trotz Vollzeitarbeit Arbeitslosengeld-II beziehen, wobei die Zahl derer, die berechtigt wären zusätzlich zu ihrem Lohn aus Vollzeitarbeit Arbeitslosengeld-II zu erhalten, dies aber aus unterschiedlichen Gründen nicht beantragen, deutlich höher geschätzt wird. Ein Grund für die Entwicklung ist unter anderem auch in der politisch gewollten Deregulierung des Arbeitsmarkts durch Teile der Agenda 2010 Reformen zu sehen.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es Aufgabe des Staates ist, die Ausnutzung der Arbeitskräfte zu unwürdigen Bedingungen und unzureichendem Lohn, zu unterbinden. So enthält Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes den Solidargedanken und das Primat der Selbstverantwortung. Doch Voraussetzung dafür ist ein Lohn, der bei Vollzeitbeschäftigung die Existenz sichert.



Der DGB vertritt die Auffassung, dass es nur mit Hilfe der Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns von zunächst mindestens 8,50 Euro möglich ist, existenzsichernde Löhne zu gewährleisten und die gesellschaftlich und wirtschaftspolitisch fatale Aufstockung von Dumpinglöhnen durch Arbeitslosengeld-II Leistungen zu stoppen. Es muss einen bei Vollzeitarbeit existenzsichernden Mindestlohn geben, der nicht unterschritten werden darf – auch nicht durch Tarifverträge!

Dies muss auch im Interesse der Bundesregierung sein, da dadurch Sozialausgaben reduziert und Steuereinnahmen erhöht werden können.

Wir Gewerkschaften stehen tagtäglich vor der Herausforderung gegen die Verrohung in der Arbeitswelt, der Geringschätzung von Arbeit und der Respektlosigkeit gegenüber arbeitenden Menschen anzukämpfen. Der 7. Oktober ist unser Tag für menschenwürdige Arbeit. Weltweit rufen Gewerkschaften auf zu Aktionen. Uns geht es um eine bessere Welt und das nicht nur heute.

Wir Gewerkschaften werden weiter für unsere Werte streiten: Freiheit, Demokratie, Solidarität, die Achtung der Menschenrechte und der sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und das an jedem Tag.

In diesem Sinne wünsche ich uns heute Erkenntnisgewinne und positive Impulse für unser Streben nach menschenwürdiger Arbeit – weltweit!